

Montag, 04.07.2011

## Eine Frage der Macht

### Auf [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) können sächsische Wähler Volksvertreter ins Verhör nehmen - Das sorgt nicht nur für Begeisterung

Dresden/Leipzig. Vor einigen Wochen erreichte die Stadträte Dresdens und Leipzigs eine unscheinbare E-Mail. Die Volksvertreter sollten ihre auf einer Internetseite gelisteten biografischen Daten überprüfen und gegebenenfalls berichtigen, stand da. Einigen fiel die Anfrage nicht einmal auf, stattdessen der Löschtaste zum Opfer. Das hat sich geändert. Seit das Netzportal [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) für zwei sächsische Kommunen freigeschaltet ist, sorgt es für Gesprächsstoff auf den Fluren.

Transparenz in den oft undurchsichtigen Politikbetrieb bringt die Initiative bereits seit 2004. Bis zwei Jungunternehmer es sich zur Aufgabe machten, die Kluft zwischen Wählern und Gewählten zu überwinden, waren Abgeordnete lediglich per E-Mail oder Telefon und unter Ausschluss der Öffentlichkeit ansprechbar, ihr Abstimmungsverhalten lag versteckt in Parlamentsprotokollen. "Bürger fragen - Politiker antworten", umreißt Gregor Hackmack, einer der Mitbegründer von Abgeordnetenwatch, die Leitidee des Projektes. Möglichst viele Aktivitäten von Politikern sollen auf einer Internetseite dokumentiert werden, um dem Bürger einen tieferen Einblick in deren parlamentarische Aktivitäten zu geben. Dazu gehört auch ein Überblick über berufliche Qualifikationen, die Mitgliedschaft in Ausschüssen und das Abstimmungsverhalten jedes einzelnen Abgeordneten. Hinzu kommt die Möglichkeit, den Parlamentariern über eine Eingabemaske Fragen zu stellen, die ebenso wie die Antworten veröffentlicht werden. Um die Politiker vor Schmähungen und Fragen zu ihrem Privatleben zu schützen, werden alle Beiträge vor Veröffentlichung gegengelesen. Über diesen Moderationsprozess wacht ein Kuratorium, dem unter anderem ein ehemaliger Bundesverfassungsrichter und ein Politikprofessor angehören.

Das Ziel der Macher: kein geringeres, als die politische Kultur Deutschlands zu beeinflussen. Begegnet der Durchschnittsbürger der Politiker doch gemeinhin mit Skepsis. So haben nur sechs Prozent der Deutschen laut einer aktuellen Allensbach-Umfrage ein positives Bild von ihren Volksvertretern - nur Banker und Fernsehmoderatoren sind noch unbeliebter. Wir kennen sie aus der Zeitung, sehen sie täglich im Fernsehen beim Händeschütteln vor hochoffizieller Kulisse. Doch wofür treten die Menschen, die wir wählen, ein, wie stimmen sie ab, wie hoch sind ihre Nebeneinkünfte?

Nach Bundestag, EU-Parlament und sechs Landtagen dürfen solche Fragen nun auch auf kommunaler Ebene gestellt werden - vorerst in sechs Städten, so auch in Dresden und Leipzig. Dort hatten sich in den vergangenen Monaten mehrere Bürger auf eine Ausschreibung hin gemeldet und an einer groß angelegten Polit-Recherche beteiligt: Sie trugen die nötigen Angaben über ihre Stadträte eigenhändig zusammen.

"Ob Umgehungsstraßen, Kita-Plätze oder die Schließung von Kultureinrichtungen - auf kommunaler Ebene werden viele wichtige Entscheidungen getroffen, die jeden Bürger direkt betreffen", erklärt Hackmack die Notwendigkeit des Pilotprojektes. Demokratie lebe vom Mitmachen. Entsprechend wichtig sei es, sich schon auf unterer Ebene einzumischen.

Dieses Szenario sorgt nun für Unruhe, auch bei denen, die sonst mehr Bürgerbeteiligung propagieren. Abgeordnetenwatch bringt den Wähler nahe - näher, als es manchem Kommunalpolitiker lieb ist. Nicht jeder gebe gern Auskunft, bestätigt Hackmack. In Dresden und Leipzig sind es bislang sechs Stadträte, die Antworten zu eingehenden Fragen verweigern und die Löschung ihrer Profile fordern - ausnahmslos Mitglieder von CDU und FDP.

Einer von ihnen ist Gerd Heinrich, Mitglied der CDU-Fraktion und Stadtrat im Wahlkreis 9 in Leipzig. Er sieht Abgeordnetenwatch als falschen Weg des Austausches. "Man wird gedrängt, zu Sachverhalten Stellung zu nehmen, von denen man im Zweifel gar keine Ahnung hat", gibt Heinrich zu bedenken und verweist auf den Umstand, dass er bislang nur eine Frage erhalten habe und die nicht einmal seinen Zuständigkeitsbereich betreffe. Überhaupt sei es doch schöner, persönlich ins Gespräch zu kommen: "Ich brauche das Internet nicht. Wer was will, ruft an", sagt Heinrich.

Für Hackmack sind solche Reaktionen nicht neu. "Viele Politiker haben Respekt vor der Macht einer Frage", sagt er. "Wenn man im Netz öffentlich Stellung nimmt, hat das immer auch eine gewisse Verbindlichkeit." Unbeirrt betont Hackmack aber auch die Vorteile, die Politiker aus seinem Projekt ziehen. "Wir geben ihnen die Möglichkeit, sich ohne Filter durch die Medien an die breite Gemeinschaft der Internetnutzer zu wenden." Was Hackmack verschweigt: Das Projekt übt durch Transparenz und Dokumentation der Antworten Druck auf die Abgeordneten aus, sich den Fragen der Bürger zu stellen. Wer will sich schließlich nachsagen lassen, er reagiere nicht auf Anfragen seiner Wähler?

Für Stefan Zinkler, Stadtrat in Dresden, ist der Kontakt zum Wähler eine Selbstverständlichkeit. Der Sprecher der CDU-Fraktion hat ein eigenes Facebook-Profil und twittet gelegentlich das Neueste aus der Stadtratssitzung. Doch auch er sei zunächst skeptisch gegenüber Abgeordnetenwatch gewesen - vor allem wegen des Arbeitsaufwandes: "Wir sind alle ehrenamtlich als Stadträte tätig, gehen einem Beruf nach. Nicht jeder hat Zeit, zu den persönlichen Gesprächen mit Bürgern auch noch Fragen im Netz zu beantworten", sagt Zinkler, der bislang noch keine Frage erhalten hat.

Gregor Hackmack zeigt durchaus Verständnis für die Sorgen der Parlamentarier. Natürlich sei diese Art von Kontakt mit dem Bürger für die Abgeordneten ungewohnt. Dennoch habe ein großer Teil der Volksvertreter bisher positiv reagiert. Bei vielen Abgeordneten sei das einfach ein Reflex: "In der Regel legen die meisten ihre Scheu nach ein bis zwei Jahren ab."

Manche jedoch fremdeln bis heute. In Dresden und Leipzig haben von 142 Stadträten erst 56 ihr Profil mit einem Porträtfoto und persönlichen Daten gefüllt - und befinden sich in illustrier Gesellschaft: Kanzlerin Angela Merkel, Familienministerin Christina Schröder und Außenminister Guido Westerwelle gehören zu den prominentesten Antwort-Verweigerern. Und das vielleicht nicht ohne Grund: In der Vergangenheit haben die von Abgeordnetenwatch veröffentlichten Informationen bereits für Aufsehen gesorgt. So deckte das Portal auf, dass Abgeordnete der Bundestagsfraktion der Linken besonders häufig Abstimmungen



Foto: Archiv

schwänzten und auch der ehemalige Finanzminister Peer Steinbrück sein Bundestagsmandat vernachlässigte: Er hielt zwar gut bezahlte Vorträge vor Vertretern der Bankbranche, aber keine Reden im Bundestag.

Es ist diese Kontrollfunktion seines Portals, die Hackmack zufolge den Mehrwert für den Wähler ausmacht: "Es ist doch für uns alle interessant zu beobachten, was passiert, wenn die Fassade bröckelt."

### Seite 1 von 2

Eine Frage der Macht

[Das virtuelle Gedächtnis des Wählers](#)

[nächste Seite](#)

erschienen am 02.07.2011 ( Von Ulrike Nimz )

© Copyright Chemnitzer Verlag und Druck GmbH & Co. KG

### KOMMENTARE

---

### WEITERE ARTIKEL

[Chemnitz: Tödlicher Unfall auf B 174](#) 04.07.2011

[Culitzsch: Maserati in Leiplanke auf der A 72 gerutscht](#) 04.07.2011

[Zastrow lehnt SPD-Option ab](#) 03.07.2011

[Tief Jörg brachte bis zu 20 Liter Regen](#) 04.07.2011

[Mehr Nachwuchswissenschaftler in Sachsen](#) 04.07.2011

[Bollwerk am Ende der sozialistischen Welt](#) 04.07.2011

### DAS KÖNNTE SIE AUCH INTERESSIEREN

[Koalition lehnt Überprüfung der Verwaltungsreform ab](#) 30.06.2011

[Notrufsäulen an Straßen verschwinden bis Jahresende](#) 29.06.2011

[Handy-Daten-Affäre: Linke bringen Minister-Rücktritt ins Spiel](#) 28.06.2011

[Opposition wertet Abberufung von Polizeipräsident als Bauernopfer](#) 27.06.2011

[Handydatenerfassung hat juristisches Nachspiel](#) 23.06.2011

[Baum findet Dresdner Funkzellenabfrage "völlig unangemessen"](#) 23.06.2011

### THEMEN

---

[Peer](#)

[Wahlen](#)

[Landtag](#)

[Leipzig](#)

[EU-Parlament](#)

[Gregor Hackmack](#)

[Anfrage](#)

[hoch](#)

[Kuratorium](#)

[Dresden](#)

[Angela Merkel](#)